



Tagesordnung I Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 09. Juni 2010

Vorlagen-Nr. 10-F-25-0058

Gesellschaftliche und sprachliche Integration von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen der Erziehungshilfe

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 28.5.2010 -

Zum 1. Oktober 2005 wurde der Kindeswohlbegriff des KJHG (SGB VIII) im Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz (KICK) näher konkretisiert. Bei der Erteilung der Betriebserlaubnis für Einrichtungen der Erziehungshilfe soll insbesondere der Integrationsgedanke stärker beachtet und der erlaubniserteilenden Behörde Kontrollmechanismen an die Hand gegeben werden.

Der Sozialausschuss wolle daher beschließen,

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Welche Konzepte zur Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund werden derzeit in den Einrichtungen der Erziehungshilfe umgesetzt?
2. Welche speziellen inhaltlichen Angebote sind installiert und finden regelmäßig statt?
3. Gibt es Betriebserlaubniserteilungen mit Nebenbestimmungen, wie Befristungen und Auflagen, beispielsweise Schulungen oder Selbstverpflichtungserklärungen der Träger?
4. In welchen Abständen wird eine erteilte Betriebserlaubnis auf Einhaltung der Inhalte und Konzepte überprüft?
5. Gibt es in Wiesbaden Hinweise darauf, dass einzelne Träger von Einrichtungen der Jugendhilfe eher weniger integrationsfördernde Aktivitäten in ihren Institutionen aufweisen?

Beschluss Nr. 0066

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Welche Konzepte zur Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund werden derzeit in den Einrichtungen der Erziehungshilfe umgesetzt?
2. Welche speziellen inhaltlichen Angebote sind installiert und finden regelmäßig statt?
3. Gibt es Betriebserlaubniserteilungen mit Nebenbestimmungen, wie Befristungen und Auflagen, beispielsweise Schulungen oder Selbstverpflichtungserklärungen der Träger?
4. In welchen Abständen wird eine erteilte Betriebserlaubnis auf Einhaltung der Inhalte und Konzepte überprüft?
5. Gibt es in Wiesbaden Hinweise darauf, dass einzelne Träger von Einrichtungen der Jugendhilfe eher weniger integrationsfördernde Aktivitäten in ihren Institutionen aufweisen?

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2010

Diers
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .06.2010

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .06.2010

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister